

werden müsse. – Das stimmt aber nicht, weil das Gaststättengesetz des Bundes tatsächlich für derartige Fälle eine entsprechende Öffnungsklausel vorgesehen hat.

Wir haben es heute schon gehört und deswegen kann ich es kurz machen: Der Christdemokrat Wüst hat das Ganze in NRW im Landtag schon mit einer Verordnung geregelt. Warum nicht auch wir in Bayern? Endlich handeln statt reagieren. Bis dahin müssen nämlich unsere Schausteller:innen weiter bei Volksfesten, Christkindlesmärkten oder anderen Märkten belastet werden. Schade, dass wir da hintendran sind, obwohl wir eigentlich die Debatte eher darüber führen müssten – das ist auch neu –, ob wir bayerische Volksfeste tatsächlich als Träger der bayerischen Volksfestkultur anerkennen sollten; denn dann würden sie eine Kulturförderung erhalten und wären nicht nur auf die Wirtschaftsförderung angewiesen. Diese Debatte wäre hier viel sinnvoller.

(Beifall bei der SPD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Diese findet in elektronischer Form statt. Dafür stehen drei Minuten zur Verfügung. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

(Johannes Becher (GRÜNE): Eine Wortmeldung der Ministerin wäre schon spannend gewesen!)

Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 19:14 bis 19:17 Uhr)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich bitte kurz um Ihre Aufmerksamkeit. Die Abstimmung hat aus technischen Gründen nicht funktioniert. Wir müssen die Abstimmung noch einmal starten. Ich eröffne den zweiten Versuch. Es gelten wieder drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 19:17 bis 19:20 Uhr)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und nachher bekannt gegeben.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 14** auf:

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Vom stillen Örtchen zur Chefsache - Toiletten-Upgrade für Bayerns Schulen! (Drs. 19/3897)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Tim Pargent für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Unruhe)

**Tim Pargent (GRÜNE):** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann die Unruhe verstehen. Ich habe jetzt die große Ehre, unseren Antrag mit dem Titel "Vom stillen Örtchen zur Chefsache – Toiletten-Upgrade für Bayerns Schulen!" vorzustellen. Ich merke es an Ihren Reaktionen: Allein der Titel dieses Antrags hätte es verdient, hier heute mit großer Mehrheit angenommen zu werden.

Aber ich will zur Sache sprechen. Weil es um unsere Schultoiletten – die Lehrkräfte nehme ich einmal aus – und die Schulzeit geht und das für die meisten hier im Saal doch etwas länger zurückliegt: Begeben Sie sich zurück in Ihre Schulzeit, zu Ihrem Lieblingsfach, aufs Schulfest, vielleicht auch in den etwas lästigen Matheunterricht, auf die Klassenfahrt, zu all den schönen Erinnerungen, die die Schulzeit bei Ihnen, bei uns noch im Hinterkopf hinterlassen hat. Meine Schulzeit jedenfalls war sehr schön.

(Unruhe)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Entschuldigen Sie ganz kurz: Bitte wieder etwas mehr Ruhe im Plenarsaal. Die Einzelgespräche können Sie draußen führen, nicht hier im Sitzungssaal. Danke.

**Tim Pargent (GRÜNE):** Wenn Ihnen jetzt bei Ihren Erinnerungen an Ihre Schulzeit ein beißender Geruch um die Nase weht, nicht in echt, sondern in Ihren Erinnerungen, dann ist das vielleicht die Schultoilette, die schon damals in keinem besonders guten Zustand war. Ich fürchte, die Schultoilette ist es bis heute nicht wirklich. Die Schultoiletten waren vielleicht ein Rückzugsort vom Schulalltag, wenn man so will. Aber die Zustände in unseren Schultoiletten sind ganz sicher eher die unschöneren Erinnerungen.

Ich fürchte, in unseren bayerischen Schultoiletten hat sich sehr wenig geändert. 44 % der befragten Schülerinnen und Schüler in Bayern – das ist eine Umfrage des Deutschen Kinderhilfswerks – haben angegeben, dass ihre Schultoilette in einem schlechten Zustand ist.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage vom Kollegen Alexander Hold zu?

**Tim Pargent (GRÜNE):** Ungern, weil ich nicht so viel Redezeit habe. Bitte.

**Alexander Hold (FREIE WÄHLER):** Mich interessiert jetzt weniger Ihre Schulzeit auf dem stillen Örtchen. Aber ich bin etwas irritiert über Ihr patriarchalisches Gebilde. Wieso sprechen Sie und schreiben Sie "Vom stillen Örtchen zur Chefsache"? Wieso nicht zur Chefinnensache,

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der AfD)

zumal die zuständige Ministerin – –

**Tim Pargent (GRÜNE):** Leider Gottes ist der Ministerpräsident in Bayern Markus Söder – soweit ich jedenfalls weiß, ein Mann, der das zur Chefsache machen sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Kerstin Schreyer (CSU): Das ist peinlich! – Zuruf von der CSU: Zeitverschwendung!)

Aber wir GRÜNE werden das auch in Bayern noch ändern. Darauf können Sie sich verlassen. Jedenfalls wollen wir das hier thematisieren. Wir sind der Meinung, die Schultoiletten müssen besser werden.

Ich komme zurück auf die Umfrage des Deutschen Kinderhilfswerks. Auch wenn die Umfragen in anderen Bundesländern noch etwas verheerender ausgefallen sind, ist das Ganze mit Sicherheit nicht erfreulich. Nachdem wir das im Ausschuss behandelt haben, und ich auf Instagram gepostet habe, womit wir uns da beschäftigen, haben sich Jugendliche bei mir gemeldet: Schultoiletten ohne Klobrille, Spülung geht nicht, kein Papier mehr da oder das Waschbecken in einem unhaltbaren Zustand. – Ich erspare Ihnen die genauen Schilderungen oder gar Fotos, die mir

zugegangen sind. Die Spitze des Eisbergs sind Eltern, die selbst anpacken. Ich finde zwar die Einstellung gut – frage nicht, was der Staat für dich tun kann, sondern frage was du für den Staat tun kannst –, aber ich meine, es wäre gut und richtig, wenn wir gewisse Basisdienstleistungen wie ein intaktes Schulgebäude zur Verfügung stellen könnten.

Woran liegt es? – Ich kann aus meiner eigenen Stadtratszeit berichten. Wenn man dann fragt oder einen Antrag stellt, bitte, liebe Kommune, du bist der Sachaufwandsträger, der Einwand ist richtig, bitte tu da mal was, dann kommt aus dem Bauamt schnell die Antwort: Nein, da bekommen wir gar keine Förderung. Wir warten lieber auf die Teilsanierung, die Generalsanierung oder den Abriss mit folgendem Neubau. – Da haben wir einen Fehler und einen Fehlanreiz in unseren Schulbaurichtlinien.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist doch Quatsch!)

Deswegen sollten wir diese Förderrichtlinien für die Schulgebäude, die Fördermittel, die es hier gibt, auch für kleinere Maßnahmen öffnen wie Schultoiletten. Wir sollten nicht länger auf die großen Maßnahmen warten. Wir wollen dafür kein eigenes Förderprogramm, sondern fordern in unserem Antrag lediglich, das bestehende Förderprogramm zu öffnen. Ich hoffe, dass Sie ein Herz für unsere Schülerinnen und Schüler zeigen, für die Nase unserer Schülerinnen und Schüler, und unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Werner Stieglitz für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

**Werner Stieglitz (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Wir sprechen heute über einen Antrag der GRÜNEN, der auf den ersten Blick nach frisch gestrichenen Wänden und blitzsauberen Schultoiletten duftet – ein durchaus wünschenswertes Ziel, das will ich gar nicht bestreiten. Doch bei näherem Betrachten des Antrags stellt sich die Frage: Haben die GRÜNEN hier wirklich eine zukunftsfähige Idee, oder ist es eher ein Schnellschuss aus der Wunschzettelkiste?

Worum geht es konkret? – Die GRÜNEN möchten, dass die Schwellenwerte und Bagatellgrenzen für die Förderung von Baumaßnahmen an öffentlichen Schulen abgesenkt werden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Zum Beispiel!)

Die Idee dahinter: Auch die Sanierung von Schultoiletten soll als Einzelmaßnahme förderfähig werden.

Das mag jetzt nicht das glamouröseste politische Thema sein, aber Schultoiletten sind trotzdem ein wichtiger Bestandteil des Schulalltags. Der Kollege Pargent hat die Zahlen gerade dargelegt. Es klingt alles sehr dramatisch. Da müssen wir uns ehrlich machen. Doch die Frage bleibt: Führt die Absenkung der Bagatellgrenzen tatsächlich zu einer Verbesserung dieser Zustände? – Ich meine: Nein. Der Antrag der GRÜNEN packt das Problem nicht an seiner Wurzel.

Zunächst einmal tragen unsere Kommunen die Verantwortung für die Instandhaltung der Schultoiletten. Sie haben mit den Investitionspauschalen nach Artikel 12 des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes auch die finanziellen Mittel dafür. Für kleinere Maßnahmen sind die Kommunen also nicht auf spezielle Förderprogramme angewiesen. Die Pauschalen bieten den Kommunen maximale Flexibilität. Sie

können ohne vorherige Antragstellung frei und zweckungebunden über diese Mittel verfügen. Ob sie damit Schultoiletten sanieren, Sporthallen modernisieren oder digitale Infrastruktur ausbauen, liegt allein in ihrer Verantwortung. Wenn also eine Kommune der Meinung ist, dass die Toiletten in ihrer Schule dringend saniert werden müssen, dann kann sie dies aus dieser Pauschale finanzieren. Das ist nicht nur effizient, sondern stärkt auch die kommunale Eigenverantwortung. Darauf legen wir als CSU großen Wert.

Im Freistaat unterstützen wir unsere Kommunen außerdem mit Zuweisungen nach Artikel 10 Finanzausgleichsgesetzes. Über eine Milliarde Euro stehen hier zur Verfügung. Förderfähig sind größere Bauvorhaben wie Neubauten, Umbau und Erweiterungsbauten sowie umfassende General- und Teilsanierungen. Voraussetzung dafür ist, dass die Kosten der Maßnahme mindestens 100.000 Euro betragen und bei Sanierungen mindestens 25 % der vergleichbaren Neubaukosten ausmachen. Warum haben wir diese Grenzen? – Ganz einfach: Wir wollen sicherstellen, dass begrenzte staatliche Mittel dort ankommen, wo die kommunale Leistungsfähigkeit tatsächlich überfordert wäre. Anders gesagt geht es darum, die Mittel gezielt auf größere Projekte zu konzentrieren, statt sie auf viele kleinere Maßnahmen zu verstreuen. Diese Mittel können ohne langwieriges Antragsverfahren flexibel und zweckfrei eingesetzt werden. Mir ist klar, dass die kommunalen Kassen wie auch die Kassen des Freistaates Bayern leer sind. Mehr Förderung bringt in der Summe aber auch nicht mehr Geld ins System.

Um die kommunale Finanzlage zu verbessern, müssen wir an die Ausgaben herangehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die wahren Kostentreiber sind Asyl, Migration, Soziales, Personal, aber natürlich auch die Bürokratie. Ich gönne jedem Beschäftigten jeden Euro, aber die Forderung der Gewerkschaften in der aktuellen Tarifrunde nach 8 % mehr Lohn und drei zusätzlichen freien Tagen dürften die kommunale Finanzlage weiter überfordern. Aus haushaltsrechtlicher Sicht gibt es keinen Anlass, die Bagatellgrenzen und Schwellenwerte abzusenken. Eine Absenkung würde lediglich dazu führen, dass die Fördermittel des Freistaates auf viele kleinere Projekte verteilt würden mit dem Ergebnis, dass für die wirklich kostenintensiven Maßnahmen weniger Geld zur Verfügung stünde. Das würde letztendlich weder den Schulen noch den Kommunen helfen.

Ein bisschen erinnert mich der Antrag tatsächlich an das Gießkannenprinzip, anstatt dort gezielt zu bewässern, wo es wirklich notwendig ist. Das Ergebnis ist, dass wir am Ende lauter halbsanierte Schultoiletten, aber kein einziges grundsaniertes Schulgebäude haben. Wir alle wissen, saubere und funktionierende Toiletten sind wichtig für das Schulklima. Herr Kollege Pargent hat es gerade ausgeführt. Wir müssen unsere Förderpolitik aber mit Augenmaß gestalten und dürfen sie nicht in Schnellschüssen versenken.

Eines möchte ich an dem Punkt auch noch ansprechen: Schülerinnen und Schüler tragen auch Verantwortung. Verwahrloste Toiletten entstehen nicht nur durch mangelnde Instandhaltung, sondern auch durch Vandalismus.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag der GRÜNEN klingt zwar auf den ersten Blick verlockend, entpuppt sich aber bei genauem Hinsehen als wenig zielführend und haushaltsrechtlich problematisch. Wir als CSU-Fraktion werden diesem Antrag, wie auch bereits im Ausschuss, nicht zustimmen. Stattdessen setzen wir auf eine klare Förderstrategie, die die kommunale Eigenverantwortung stärkt und die begrenzten Mittel dort einsetzt, wo sie wirklich gebraucht werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Bitte kurz am Rednerpult bleiben. – Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Abgeordneten Laura Weber, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vor. Bitte schön.

**Laura Weber (GRÜNE):** Herr Stieglitz, ich habe eine Frage. Sie stellen es so dar, als wäre dieser Antrag überflüssig. Wenn Sie auf der kommunalen Ebene in die Schulen gehen, werden Sie feststellen, dass wir riesige Probleme haben. Ich frage Sie, wie Sie es schaffen, dass das Geld zum Beispiel an einer Schule bei mir in der Stadt, die seit Jahrzehnten ihre Schultoiletten nicht sanieren kann, wirklich ankommt? Bei dieser Schule geht es genau um das Problem, dass sie nur groß sanieren und nicht die Einzelmaßnahme finanzieren können. Wie kommt das Geld dort an?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Werner Stieglitz (CSU):** Frau Kollegin, ich habe es gerade ausgeführt. Es gibt Pauschalen, die dafür genutzt werden können. Das liegt in der Eigenverantwortung der Stadt; diese kann das selbst steuern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Oskar Atzinger für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Oskar Atzinger (AfD):** Geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Pecunia non olet – Geld stinkt nicht, Schultoiletten aber häufig schon. Der Antrag der GRÜNEN zielt darauf ab, dass Sanierungen von Schultoiletten auch als Einzelmaßnahme möglich werden. Dafür fordern sie ein Sonderinvestitionsprogramm – als ob es an Bayerns Schulen keine anderen Probleme gäbe. Laut einer Umfrage des Kinderhilfswerks unter 3.218 Kindern und Jugendlichen im Alter von 10 bis 17 Jahren klagten 44 % der Befragten über verwahrloste Toiletten. Besonders schlecht sieht die Lage in Großstädten aus, wo 62 % den Zustand der Toilettenanlagen als unzumutbar empfinden. Den proportionalen Zusammenhang wird ein grüner Gesinnungsethiker natürlich nicht erkennen, dass es nämlich in Großstädten überdurchschnittlich viele marode Toiletten an Schulen gibt; denn ein Hauptgrund für die Verwahrlosung, wie bereits gesagt wurde, ist Vandalismus. Da dieser an Schulen mit einem hohen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund

(Zurufe von den GRÜNEN: Ah! – Zuruf des Abgeordneten Toni Schubert (GRÜNE) – Beifall bei der AfD)

besonders häufig vorkommt, gilt auch hier die Erkenntnis unseres ehemaligen CSU-Ministerpräsidenten: Die Migration ist die Mutter aller Probleme.

(Beifall bei der AfD)

Ich sage, nur Remigration wird unsere Probleme lösen.

Ja, auch in Bayern gibt es einen massiven Investitionsbedarf an Schulen; Schultoiletten als Einzelmaßnahme zu sanieren ist jedoch nicht sinnvoll. Daher lehnen wir diesen Antrag ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man kann es sich nicht aussuchen, liebe Kollegen von den GRÜNEN, über welche Anträge wir hier im Parlament reden müssen, aber das ist sicherlich einer, bei dem ich nicht davon ausgehe, dass er zu den Sternstunden eurer Fraktion gehört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben aber immerhin schon in der Begründung erkannt, wo die Zuständigkeit für den Sachaufwand liegt, nämlich bei den Kommunen. Jetzt soll eine Förderrichtlinie verändert und sollen Schwellen abgesenkt werden. Mit welchem Ziel? Wenn Sie sagen, wir wollen den Kommunen insgesamt mehr Geld zukommen lassen, kann man darüber diskutieren. Darüber diskutieren wir zum Beispiel im Rahmen der Verhandlungen über den kommunalen Finanzausgleich. Ich habe aber weder vom Städte- noch vom Landkreis- oder Gemeindetag jemals gehört, dass man zusätzliches Geld für die Sanierung von Schultoiletten haben möchte. Wenn wir unsere nächsten Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden führen, kann ich gerne einmal dieses Thema ansprechen und nachfragen, ob die kommunalen Spitzenverbände hier einen besonderen Bedarf sehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Tatsache ist, dass Sie hier nur eines tun: Wenn die Gesamtsumme gleichbleibt, werden die Schultoiletten vielleicht besser, aber andere Projekte müssen darunter leiden. Vorhin haben Sie gefragt: Was tun Sie, damit sich die Situation an den Schultoiletten verbessert, weil in einer Stadt XY nichts dafür getan wird? – Ich kann nur sagen, wenn es den Menschen in dieser Stadt wichtig ist, sollen sie einen gescheiterten Stadtrat wählen, der sich darum kümmert. Das ist eine ureigene kommunale Aufgabe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Lieber Herr Kollege Pargent, ich möchte von Ihnen und Ihrer Fraktion keinen einzigen Beitrag mehr zur Entbürokratisierung hören. Das ist wieder einmal ein Beispiel dafür, dass speziell Ihre Fraktion sich besonders damit hervortut, alles zu verkomplizieren. Was ist denn die Konsequenz, wenn wir die Grenzwerte absenken? – Dann gibt es eine deutliche Zunahme der Zuschussverfahren. Darüber freuen sich die Regierungen und diejenigen, die in den Regierungen und sonstigen Ämtern zu wenig Arbeit haben. Wahrscheinlich gehen Sie GRÜNE davon aus, dass sie in den Ämtern dasitzen und Karten spielen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Quatsch!)

Ich kann Sie beruhigen, nichts dergleichen ist der Fall. Im Gegenteil, Sie senken die Arbeitsmoral und steigern den Frust, wenn Sie solch überflüssige und unnütze Arbeit zusätzlich aufbürden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich möchte in diesem Zusammenhang schon einmal sagen: Die einzige Chance, die wir haben, mittelfristig mit unseren Haushaltsmitteln einigermaßen zurande zu kommen, ist, dass wir diesen bürokratischen Wildwuchs radikal zusammenschneiden und reduzieren, anstatt ihn noch weiter aufzubauen. Was Sie, speziell die GRÜNEN, uns in den letzten Jahren und Jahrzehnten an Bürokratie beschert haben, muss jetzt beseitigt und reduziert werden.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wir waren nicht in der Regierung!)

– Kollege Schuberl, Sie sind doch auch einer derjenigen, die dafür sind, dass wir die Welt scheinbar gerechter machen, indem Sie alles bis ins kleinste Detail regeln, indem Sie alles schützen und damit jeglicher Freiheit einen Riegel vorschieben.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Sie stehen für Bevormundung, Sie stehen für Bürokratie, und das ist wieder einmal ein hervorragendes Beispiel dafür.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Das Problem, das Sie ansprechen, müssen diejenigen lösen, die dafür zuständig sind. Wir geben – der Kollege Stieglitz hat völlig zu Recht darauf hingewiesen – genügend Geld ins System. Man kann immer mehr geben, das ist klar. Aber dazu brauchen wir erst einmal insgesamt einen Relaunch der öffentlichen, staatlichen Finanzen. Das wiederum setzt voraus, dass sich am 23. Februar fundamental etwas ändert. Wir haben diese Hoffnung, um dann in einigen Jahren den Kommunen wieder mehr Geld geben zu können.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ein derartiges Programm braucht kein Mensch. Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion die Kollegin Nicole Bäuml. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Nicole Bäuml (SPD):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Zustand vieler Schultoiletten in Bayern ist für ein reiches Bundesland wie Bayern schlichtweg beschämend. Auf die Zahlen ist Herr Kollege Pargent bereits eingegangen. Ich möchte noch sagen, dass einige Kinder und Jugendliche es während des Schultages komplett – ich betone: komplett – vermeiden, eine Schultoilette aufzusuchen. Das ist nicht nur unwürdig, sondern das kann leider auch die Konzentrations- und Lernfähigkeit der Kinder und Jugendlichen negativ beeinträchtigen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wer ist dafür zuständig?)

Unsere Staatsregierung verweist gerne reflexartig – wie die Kollegen Herr Pohl und Herr Stieglitz heute auch schon – darauf, dass auch Aufwandsträger, die Kommunen, dafür zuständig seien. Aber seien wir doch einmal ehrlich und schauen mit einem ehrlichen Blick auf die Finanzen der Kommunen.

(Michael Hofmann (CSU): Wieso schauen Sie eigentlich nicht mal auf die Finanzen des Freistaats?)

Viele Städte und Gemeinden können die Pflichtaufgaben schon beinahe nicht mehr stemmen. Die Bezirke erhöhen die Umlagen, die Kostensteigerungen im Bausektor sind enorm.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wegen Ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik im Bund!)

Das Problem liegt auf der Hand. Nach den aktuellen Förderrichtlinien werden nur die General- und Teilsanierungen gefördert, und die Einzelmaßnahmen, die für den Schulalltag auch so wichtig sind, fallen dabei leider heraus.

Wenn wir jetzt mal auf dieses Problem blicken, dann müssen wir doch ganz klar sagen, dass eine Maßnahme, die ich heute mit einer kleinen Sanierung erledigen kann, mir am Ende viel Geld sparen wird, weil am Ende eben keine größere Sanierung daraus wird.

(Zurufe der Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) und Michael Hofmann (CSU))

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat Bayern trägt Verantwortung für die Bildung der Kinder und Jugendlichen. Dazu gehört auch die würdige Lernumgebung. Es ist doch wirklich beschämend, dass Kinder und Jugendliche in Bayern sich vor dem Gang zur Schultoilette ekeln müssen.

Wir stimmen dem Antrag zu – für die Kinder und Jugendlichen, für die Kommunen und für einen modernen Bildungsstandort Bayern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Mir liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Prof. Dr. Bausback vor. Bitte schön.

**Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU):** Frau Kollegin, Sie kommen, glaube ich, aus Weiden.

**Nicole Bäumlner (SPD):** Ja. Na ja, nicht ganz; aus dem Landkreis Neustadt.

**Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU):** In Weiden ist Herr Kurt Seggewiß Oberbürgermeister. Da möchte ich jetzt mal die Frage stellen: Wie viele Projekte der Sanierung von Schultoiletten hat denn Ihr Oberbürgermeister, Parteifreund und Parteigenosse Kurt Seggewiß in den letzten fünf Jahren in Weiden auf den Weg gebracht? Wie viel Geld hat die Stadt Weiden für die Sanierung – die kleine Sanierung von Schultoiletten in dem Fall – ausgegeben? Warum soll eigentlich der Freistaat Bayern diese Aufgaben übernehmen, die bei den Kommunen angelegt sind?

**Nicole Bäumlner (SPD):** Zunächst einmal bin ich Mitglied des Gemeinderats der Gemeinde Schirmitz und weiß natürlich nicht, wie viele Gelder in welchem Jahr im Haushalt in Weiden eingeplant wurden. Aber das konkrete Problem ist doch, dass die Kommunen überlastet sind und leider solche Projekte nicht mehr finanzieren können. Da ist eben der Freistaat Bayern in der Verantwortung.

(Beifall bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): Das ist doch lächerlich! Das ist doch deren Aufgabe!)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Gegenstimmen bitte anzeigen! – FREIE WÄHLER, CSU, AfD. Stimmenthaltungen? Liegen nicht vor. Somit ist der Antrag abgelehnt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Schaustellerinnen und Schausteller entlasten – zusätzliche Schankerlaubnispflicht abschaffen", Drucksache 19/3661,



bekannt. Mit Ja haben 28, mit Nein 79 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, 19 Stimmenhaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage ...)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Schulessen der Zukunft: Bio, regional und pädagogisch wertvoll  
(Drs. 19/3953)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die erste Rednerin ist Kollegin Laura Weber für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

**Laura Weber (GRÜNE):** Von den Schultoiletten zum Schulessen – ich habe ChatGPT mal gefragt, ob er einen charmanten Übergang findet. Also: Wenn man gut und gesund isst, muss man weniger Zeit zum Beispiel auf einer maroden Schultoilette verbringen. – Das hat ChatGPT gesagt.

(Zurufe)

– Ja, mein ChatGPT ist charmant und humorvoll.

Zum Schulessen: Ab 2026 kommt der rechtliche Anspruch auf Ganztagsbetreuung. Das heißt, dass nach und nach deutlich mehr Grundschulkinder in der Schule sind und auch zu Mittag essen.

Wir wissen alle, dass die Gesundheitsdaten gerade bei Kindern und Jugendlichen immer dramatischer werden. Die Zahlen von Adipositas oder Diabetes steigen. Das sind, in Euro ausgedrückt, jedes Jahr 71 Millionen Euro Gesundheitskosten. Das liegt auch daran, dass die Qualität des Essens in den Ganztageseinrichtungen immer noch zu fett, zu salzig und zu ungesund ist. Das sagen Studien. Deswegen müssen wir hier dringend etwas tun. Wir können etwas tun. Gerade die verpflichtende Ganztagsbetreuung können wir als Chance nutzen und Standards und Rahmenbedingungen festlegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei uns in Bayern gibt es viele gute Ansätze und engagierte Menschen, die hart dafür kämpfen, dass Kinder in Kitas und Schulen ein gutes Essen bekommen. Gerade auch bei mir in der nördlichen Oberpfalz gibt es wahnsinnig engagierte Leute, die sich dafür einsetzen, die sich um Maßgaben und Standards kümmern und diese selbst definieren müssen. Ich glaube, sie können Unterstützung gebrauchen, sodass es ihnen erleichtert wird.

Damit komme ich zu dem Antrag. Es braucht pädagogische Konzepte, vertiefte Qualifizierungsangebote und einheitliche Standards, die der Staat definiert. Es gibt auch schon eine gute Vorlage. Die DGE-Qualitätsstandards für die Verpflegung in Schulen enthalten alle Grundsätze für ein gesundheitsförderndes Verpflegungsangebot in der Schule. Zusammen mit den Kriterien für nachhaltige Ernährung bringen diese Standards auch regionale und biologische Verarbeitungs-, Vermarktungs- und Belieferungsstrukturen voran. Das wäre auch ein enormer Gewinn für die bayerischen landwirtschaftlichen Betriebe.

Die Bayerische Ernährungsstudie wurde im November vorgestellt. Frau Kaniber, unsere Staatsministerin, ist anwesend. In der Studie wird genau das, was die DGE